

Dumping-Verträge sind längst entworfen

Polen bereitet sich auf die Freizügigkeit am deutschen Arbeitsmarkt vor / Rund 500 000 Grenzgänger erwartet

Von Frank Herold

GLIWICE. An der Bahnhofsstraße von Gliwice ist der rasante wirtschaftliche Aufschwung, den die Stadt in den vergangenen Jahren genommen hat, fast spurlos vorübergegangen.

Nicht nur der kalte Herbstregen lässt die Fassaden der einst respektablen Bürgerhäuser dunkelgrau und schäbig aussehen. Die Firmenzentrale eines der erfolgreichsten Unternehmen im ober-schlesischen Gleiwitz erwartet man nicht in dieser Umgebung, zwischen billigen Restaurants und Dönerkiosken, den gesichtslosen Filialen der Geldinstitute und zahllosen Billigläden für alles und nichts.

Jerzy Golbik hat vor vielen Jahren in dieser Nachbarschaft angefangen und ist hier in einer unscheinbaren Büroetage geblieben, obwohl sein Unternehmen heute über ein Dutzend Niederlassungen in Polen, Frankreich und der Schweiz verfügt und mehr als 4000 Menschen für ihn arbeiten. Golbik ist Chef von „Personnel International“, einer Zeitarbeitsfirma. Deutschland, sagt er, sei bisher für ihn ziemlich uninteressant gewesen. Wegen der bislang geltenden Beschränkungen für polnische Arbeitnehmer. Seine Niederlassung in Düsseldorf hatte „eher symbolische Bedeutung“. „Im nächsten Jahr wird sich das definitiv ändern“, versichert Golbik. Wenn am 1. Mai 2011 die Beschränkungen fallen, wird er vorbereitet sein.

„Es wird keine Flut geben. Und erst recht wird es kein Schock für Polen wie 2004/05“

Seine Erfahrungen mit deutschen Unternehmen hat Golbik in Polen gemacht. „Wir bestreiten die Logistik für praktisch alle deutschen Einzelhandelsketten, die sich in Oberschlesien niedergelassen haben“, sagt er. Im kommenden Jahr will er auch Arbeitskräfte nach Deutschland vermitteln. „Es wird keine Flut geben“, tritt er Befürchtungen entgegen. „Und erst recht wird es kein Schock für Polen wie 2004/05.“

Als Polen damals der EU beitrug, verzichtete Großbritannien anders als Deutschland oder Österreich darauf, die Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus Polen einzuschränken. Die Arbeitslosigkeit lag zu dieser Zeit bei 20 Prozent und die Durchschnittseinkommen betragen um 1400 Zloty, das sind 400 Euro monatlich. Damals suchten Hunderttausende ihr Glück auf den fernen Arbeitsmärkten. „Auch gut qualifizierte Leute waren praktisch bereit, jeden halbwegs akzeptabel bezahlten Job anzunehmen“, erinnert sich Golbik. Ärzte gingen Kellnern, Bauingenieure verdingten sich als Fensterputzer und Maschinenbauer feigten Fabrikhallen. Zu Hause fehlten die Fachkräfte. „Das wird sich nicht wiederholen“, meint der Unternehmer Golbik. „Polen hat sich grundlegend verändert.“

Das frühere Bergbau-Zentrum Gleiwitz ist dafür ein gutes Beispiel. Rund um den polnischen



Viele motivierte Polen arbeiten längst in Deutschland – wie hier in luftiger Höhe.

DPA

„Doch so wird es nicht kommen. Die Warschauer Zeitung Gazeta Wyborcza hat im September Experten befragt. Die rechnen damit, dass nach dem 1. Mai bis zu eine halbe Million Polen in Deutschland arbeiten wollen. „Vielleicht sind es sogar noch mehr“, mutmaßt Major. Aber die gut qualifizierten Leute seien bereits in Deutschland: Handwerker haben Ein-Mann-Firmen gegründet, deren Niederlassung nach EU-Recht längst möglich ist. Und große Firmen können für Spitzkräfte, an denen ihnen gelegen ist, auch heute schon – mit einigen bürokratischen Umständen zwar – eine Arbeitserlaubnis erwirken. „Nach dem 1. Mai werden diejenigen in Deutschland ihr Glück versuchen wollen, die auf dem polnischen Arbeitsmarkt ihre Schwierigkeiten haben: Arbeitslose mit schlechter Ausbildung.“

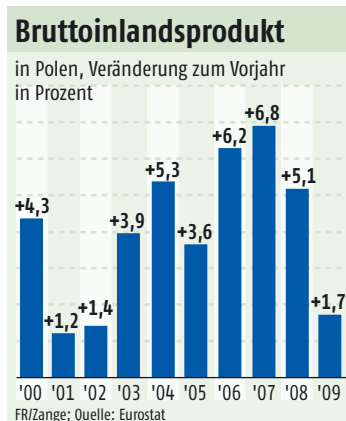
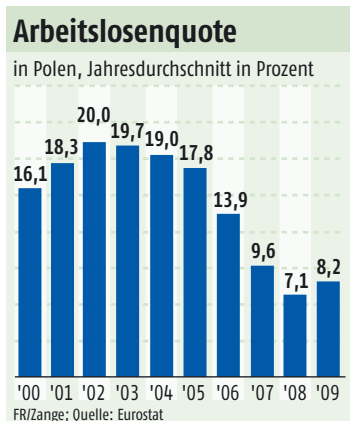
Deutsche Zeitarbeitsfirmen gründen schon Filialen im östlichen Nachbarland

Vor allem unmittelbar an der deutschen Grenze steigt die Zahl der Menschen ohne Beschäftigung derzeit wieder an. Es gibt nur 150 Euro Arbeitslosengeld und auch das nur für sechs Monate beziehungsweise ein Jahr. Wer davon betroffen ist, der wird es in Deutschland versuchen. „Aber auch wer in Polen für umgerechnet 1,20 Euro oder wenig mehr arbeitet, wird es lohnend finden, sich für drei Euro anzubieten“, ist Major überzeugt.

Er beobachtet die Entwicklung aufmerksam. In letzter Zeit haben deutsche Zeitarbeitsfirmen mit Blick auf den 1. Mai zunehmend Niederlassungen in Polen gegründet. „Einige haben von polnischen Rechtsanwälten Firmentarifverträge aufsetzen lassen, in denen Dumping-Stundenlöhne von vier, fünf Euro stehen“, sei ihm zugezogen worden. Die müssten nach seiner Rechtsauffassung derzeit in Deutschland nach dem 1. Mai wohl anerkannt werden.

Major sieht das aus einer polnischen Perspektive mit großer Sorge. „Neue Spieler kommen auf den Markt, die nicht mehr nach den bisher geltenden Regeln spielen.“ Das sei nicht im Interesse der Mitglieder seines Verbandes, die sich über Jahre ihr Geschäft aufgebaut hätten. „Die einzige Lösung, die ich sehe, mag sich aus dem Munde eines Unternehmer-Verbandschefs kurios anhören“, weiß Major. „Doch ich bin überzeugt: Wenn der Zeitarbeitsmarkt nicht von Firmen kaputt gemacht werden soll, die sich gegenseitig überbieten, dann braucht Deutschland Mindestlöhne.“ Und zwar nicht als Einzellösungen, sondern Flächendeckend wie in Großbritannien, „nein wie fast überall in Europa“.

Doch das sei keine deutsch-polnische Diskussion, meint Mayor. Das sei ein rein innerdeutsches Problem. „Es geht um die Zukunft der Arbeit in ihrem Land. Sieben Jahre hat Deutschland durch die Beschränkung der Freizügigkeit die wichtigen Diskussionen umgangen. Jetzt muss sich die Politik stellen.“



FREIZÜGIG

Bürger aus acht Ländern Osteuropas können ab Mai 2011 ohne Einschränkung in Deutschland arbeiten – eine späte Folge des EU-Beitritts von Polen, Tschechien, Ungarn, der Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen.

In loser Folge beschreibt die Frankfurter Rundschau die Erwartungen, Chancen und Risiken der Freizügigkeit am Arbeitsmarkt. Was bisher veröffentlicht wurde, steht im Internet unter: www.fr-online.de/offenermarkt

Opel-Standort hat sich viel Industrie angesiedelt – nicht nur Auto-Zulieferer. Rund 20 000 Arbeitsplätze sind in den vergangenen zehn Jahren entstanden. Die Durchschnittslöhne haben sich im gleichen Zeitraum verdreifacht. Die Arbeitslosigkeit liegt derzeit bei nur vier Prozent, in ganz Oberschlesien kaum über sieben Prozent. „Das ist ein ganz anderes Kli-

ma. Heute müssen wir Fachkräfte für die Region anwerben“, sagt Golbik. Ingenieure, Informatiker, aber auch Krankenschwestern – das, was der deutsche Arbeitsmarkt künftig tatsächlich brauche, werde mit einiger Sicherheit nicht in großer Zahl aus Polen kommen, meint Golbik.

Dem kann Tomasz Major nur zustimmen: „Wer einen guten Job

in Polen hat, der bleibt.“ Der junge Krakauer Rechtsanwalt, der in Frankfurt an der Oder studiert hat, führt den polnischen Unternehmerverband für grenzüberschreitend tätige Zeitarbeitsfirmen IPP. „Die Deutschen erwarten, so scheint mir, dass junge, qualifizierte, gut Deutsch sprechende Polen auf den deutschen Arbeitsmarkt drängen“, sagt er.